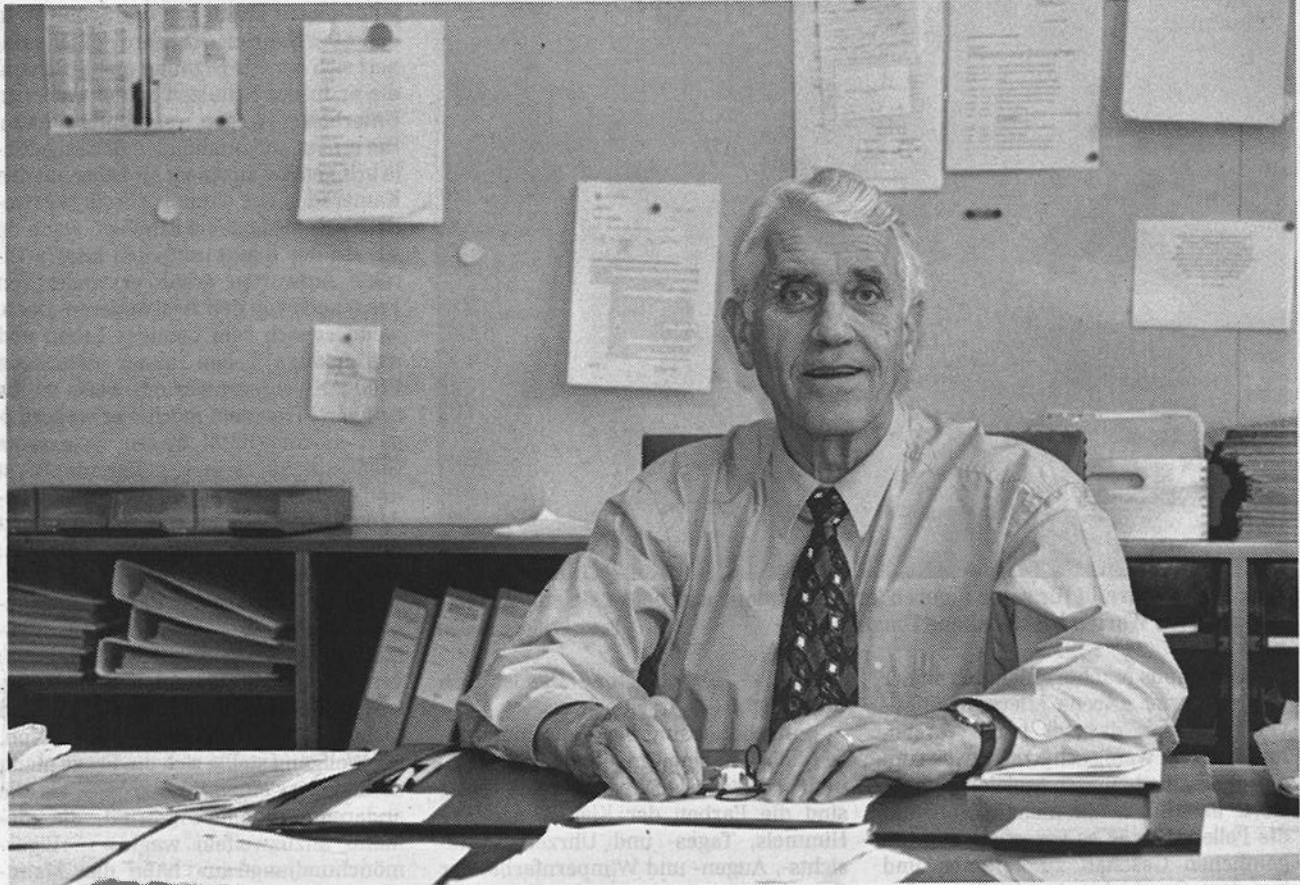


«Ich habe mein Amt immer als Privileg empfunden»



Wie kein anderer Politiker hat Gerhard Kaufmann in den vergangenen drei Jahrzehnten die Entwicklung der Gemeinde Riehen geprägt und mitgestaltet. Am kommenden Donnerstag, 30. April, um 11 Uhr wird er im Rahmen einer öffentlichen Feier im Gemeindehaus vom Gemeinderat, den Mitgliedern des Einwohnerrates und der Bevölkerung verabschiedet.

Am kommenden Donnerstag endet die nunmehr 28 Jahre währende Amtszeit von Gemeindepräsident Gerhard Kaufmann, der wie wohl kein anderer die Entwicklung Riehens in den vergangenen drei Jahrzehnten massgeblich geprägt und mitgestaltet hat. Mit einem Festakt wird er an diesem Tag von seinen Amtskollegen und seiner Amtskollegin, den Mitgliedern des Einwohnerrates und der Bevölkerung offiziell verabschiedet. In seinem letzten RZ-Interview als Gemeindepräsident zieht Gerhard Kaufmann eine Bilanz seines politischen Wirkens und erinnert sich an positive und negative Erfahrungen während seiner Amtszeit.

RZ: Am nächsten Donnerstag geht nach 28 Jahren Ihre Amtszeit als Gemeindepräsident zu Ende. Ingesamt werden Sie dann 32 Jahre der Rieher Exekutive angehört haben. Sind Sie froh darüber, diese grosse Verantwortung jetzt abgeben zu können, oder ist es eher ein Abschied mit einem lachenden und einen weinenden Auge?

Gerhard Kaufmann: Mein vorherrschendes Gefühl ist zunächst einmal Dankbarkeit. Dankbarkeit darüber, dass ich mein Amt in den vergangenen 28 Jahren in Gesundheit, mit der nötigen Kraft und ohne Ausfälle versehen konnte. Ich empfinde dies als grosses Geschenk. In den letzten Wochen und Monaten ist mir allerdings immer stärker bewusst geworden, dass ich mit meinem Rücktritt auch eine grosse Last und eine grosse Verantwortung abgeben kann. Im Amt selbst ist man sich dieser Verantwortung nicht immer in so ausgeprägtem Masse bewusst. Erleichtert bin ich darüber, dass ich nun nicht mehr dauernd mit einer derart grossen Erwartungshaltung von aussen konfrontiert sein werde. So betrachtet gibt es für mich keinen Grund, wegen meines Rücktrittes, zu dem ich mich zudem nicht von heute auf morgen entschlossen habe, irgendwelche Tränen zu vergiessen.

Wie fällt ihre ganz persönliche Bilanz aus, wenn Sie auf die vergangenen drei Jahrzehnte als Gemeindepräsident zurückblicken?

Als Regierungsmitglied und erst recht als Gemeindepräsident wird man nach dem Rücktritt vor allem an dem gemessen, was man an sichtbaren Leistungen und Werken hinterlassen hat. Dies gilt insbesondere für Bauwerke. Und von diesen gibt es doch eine ganze Reihe, bei deren Realisierung ich an vorderster Front stand oder zumindest massgeblich mitgewirkt habe. Angefangen bei der Alterssiedlung Dreibrunnen – damals noch als Gemeinderat, dann kam der Maienbühlhof, eine ansehnliche Zahl von Wohnbauten, etwa an der Rössligasse und am Brunnlirain, dann die Restaurierung zahlreicher historischer Bauten, allen voran die Wettsteinhäuser, die Musikschule und die Gemeindegärtnerei. Federführend beteiligt war ich auch am Erhalt der Alten Kanzlei, die ja seinerzeit zugunsten einer Verbreiterung der Baselstrasse hätte abgerissen werden sollen. In meine Amtszeit fielen weiter der 20 Mio.-Umbau des Gemeindespitals, der Bau der Dreifachturnhalle Niederholz und des

Alters- und Pflegeheims «Haus zum Wendelin». Im Bereich Tiefbau möchte ich vor allem die Geothermie erwähnen. Darüber hinaus haben wir vom Kanton zahlreiche neue Aufgaben übernommen wie zum Beispiel die Kindergärten, das Fürsorgewesen und die Spitexdienste.

Eindeutig in die Zuständigkeit des Gemeindepräsidenten fällt die Bodenpolitik. 1965 besass die Gemeinde Riehen rund 66 Hektaren Land, 1996 war es mit 130 Hektaren rund doppelt soviel, was ungefähr zwölf Prozent des Gemeindegebietes entspricht.

Mir ist es nie darum gegangen, für die Gemeinde möglichst viel Land zu horten – wir haben ja auch wieder viel verkauft in dieser Zeit, zum Beispiel an Wohngenossenschaften oder für den Bau von Einfamilienhäusern, aber wir waren mehr als einmal froh, bei öffentlichen Bauvorhaben über ein geeignetes Grundstück verfügen zu können.

«Mir ist es nie darum gegangen, für die Gemeinde möglichst viel Land zu horten»

Gerhard Kaufmann

Ein Teil Ihrer 32 Jahre währenden Amtszeit fiel ja in die Hochkonjunktur, in der auch in der Gemeinde Riehen einige, heute kaum mehr vorstellbare Projekte geplant, aber dann doch nicht realisiert wurden...

...natürlich gab es auch das Umgekehrte, wo wir etwas ganz bewusst nicht realisiert haben, etwa zur Sicherung von Freihaltegebieten. Es ist in Vergessenheit geraten, dass zum Beispiel der englische Park und die Flächen links und rechts der Aussichtsterrasse im Wenkenhof hätten überbaut werden sollen. Als ich mein Amt antrat, war die Planung für ein Betten-Hochhaus für einen Spitalneubau im Sarasinpark schon sehr weit gediehen. Und es bestanden Pläne für eine Satellitensiedlung im Stile des Lörracher Salzert im Gebiet Hinterengel. Sicher kam uns bei der Verhinderung solcher Vorhaben auch eine Trendwende auf nationaler Ebene zu Hilfe.

Ich selbst gehörte bei meinem Amtsantritt zu den Befürwortern einer Umfahrungsstrasse für Riehen, die wohlgeachtet nicht zu verwechseln ist mit der geplanten Zollfreistrasse. Aber auch hier fand ein Umdenken statt. Man hat

realisiert, dass eine solche Umfahrungsstrasse der Gemeinde wenig bringen würde, weil der Verkehr in erster Linie hausgemacht ist, und dass der Preis, den wir in Form des Verlustes von Landschaft dafür hätten bezahlen müssen, unermesslich hoch gewesen wäre.

Was ist Ihnen in diesen 28 Jahren nicht gelungen bzw. was würden Sie rückblickend anders machen?

Sicher lief nicht immer alles so, wie ich mir das vielleicht gewünscht hätte. Nicht glücklich bin ich zum Beispiel über die Überbauung, die derzeit an der Gartengasse entsteht. Dabei gab es ursprünglich sehr wohl gute Ideen für eine städtebaulich sinnvolle Ergänzung des Dorfkerns zwischen Rössligasse und Sarasinpark. Wegen äusserer Zwänge, die manchmal einer Nötigung gleichkamen, musste der Gemeinderat schliesslich resignieren. Der Gemeinderat wird aber für diese Überbauung aus städtebaulicher Sicht dereinst sicher kein Lob ernten können.

Auch beim Stettenfeld ist manches aus dem Ruder gelaufen. Dort ist die Macht des Faktischen so stark, dass es ausserordentlich schwierig sein wird, zu etwas zu kommen, das den Namen Planung verdient. Um diese Aufgabe beneide ich meine Gemeinderatskollegen und meine -kollegin wahrlich nicht.

Bei der Zollfreistrasse habe ich zu spät realisiert, wie der Hase läuft. Als der Staatsvertrag dann unterzeichnet wurde, war es zu spät, obwohl es sicher umwelt- und landschaftsverträglichere Lösungen gegeben hätte. Immerhin, gebaut ist diese Strasse noch nicht...

Welches waren aus Ihrer Sicht die wichtigsten Entwicklungsschritte der Gemeinde Riehen während Ihrer Amtszeit?

Wenn ich auf die letzten drei Jahrzehnte zurückblicke und einen Vergleich mit anderen Schweizer Gemeinden und deren Aufgabenspektrum und Gestaltungsmöglichkeiten ziehe, wie etwa unsere kleine Bündner Patengemeinde Muttin mit ihrer 90köpfigen Bevölkerung, dann stelle ich fest, dass Riehen Ende der 60er Jahre punkto Kompetenzen eigentlich eher eine Karikatur einer Schweizer Gemeinde war. Man ging seinerzeit davon aus, dass die geplante Wiedervereinigung von Basel-Stadt und Baselland dies mit einem Schlag ändern würde. Als diese misslang, haben wir den langen Weg dorthin angetreten, wo die Gemeinde Riehen heute steht.

Ich möchte auf eine Aufzählung all der Aufgaben verzichten, die die Gemeinde seit jener Zeit übernommen hat. Aber ein kleines Beispiel für die damalige Situation möchte ich doch erwähnen. Noch anfangs der 70er Jahre konnte die Gemeinde ihre Strassen nicht selber benennen. Wir hatten zwar ein Vorschlagsrecht, aber entschieden hat damals die kantonale Nomenklaturkommission.

Welches waren verwaltungsintern die wichtigsten Entwicklungsschritte?

Als ich 1970 mein Präsidium angetreten habe, stand mir zwar mit dem damaligen Gemeindeverwalter Rudolf Schmid ein sehr erfahrener Mann als engster Mitarbeiter zur Seite. Die ganze Verwaltungsstruktur war allerdings sehr stark auf diesen Gemeindeverwalter ausgerichtet. Mit der Ablösung von Ruedi Schmid wurde dann eine Verwaltungsreform in die Wege geleitet und zum Beispiel die Verwaltung nach Ressorts gegliedert. Sehr grosse Verdienste haben sich damals der leider sehr früh verstorbene Nachfolger von Ruedi Schmid, Peter Grieder, und Gemeinderat Rolf Soiron erworben.

Mit der Reform wurde ein Instrument zur Bewältigung all der neu übernommenen Aufgaben geschaffen, das sich bis heute bewährt hat. Verbessert wurden seinerzeit auch die personellen Voraussetzungen, wobei der Mitarbeiterbestand längst nicht in jenem Ausmass erhöht wurde, wie neue Aufgaben hinzukamen. Ein wichtiger Meilenstein war auch das neue Gemeindegesetz.

Um doch noch einige Zahlen zu nennen: der Personalbestand hat sich seit 1970 von 70 auf 162 erhöht, wobei der grösste Zuwachs als Folge der Kindergartenübernahme zu verzeichnen war. Das Rechnungsvolumen erhöhte sich im selben Zeitraum von 15 auf rund 80 Mio. Franken. Und was auch bemerkenswert ist, je länger je mehr aber zu einem Problem wird: die Einwohnerzahl hat stagniert, während sich die Zahl der Arbeitsplätze in etwa verdoppelt hat.

«Für die Überbauung an der Gartengasse wird der Gemeinderat dereinst sicher kein Lob ernten können»

Bisweilen wurde von Aussenstehenden gesagt, aus dem bürgerlichen Politiker Gerhard Kaufmann sei in den letzten Amtsjahren zunehmend ein engagierter Vertreter grün-ökologischer Anliegen geworden. Können Sie diese Einschätzung teilen oder wie würden Sie selbst Ihre politische und persönliche Entwicklung während den letzten 28 Jahren umschreiben?

Um eines vorwegzunehmen: ich bin nie mit dem Anspruch angetreten, ein bürgerlicher Politiker zu sein, folglich kann ich mich auch nicht von diesem Anspruch entfernen haben. Meine politische Heimat war immer die VEW. Und die VEW hat sich gegen Etikettierungen nach dem Links/Rechts-Schema immer wieder mit Recht gewehrt.

Das heisst nicht, dass sich nicht auch meine politische Haltung im Lauf von 32 Jahren als Mitglied der Exekutive verändert hätte. Als Gemeindepräsident erhält man Einblick in die Verbindung zwischen Macht und Geld. Und es ist nun einmal eine Binsenwahrheit, dass diejenigen die das Geld und damit häufig auch die Macht haben, politisch eher konservativ eingestellt sind.

Nun, Geld zu verdienen ist legitim. Was aber heute teilweise ohne Hemmungen und Schamgefühle betrieben wird, ist der Drang zum schnellen Geld, unbekümmert um die Folgen für

Mensch und Umwelt. Sicher, wirtschaftliche Tätigkeit soll und muss sein, zu denken gibt mir aber, dass die Wirtschaft nach wie vor zuwenig über die Nachhaltigkeit ihres Tuns nachdenkt. Was zählt, ist das Hier und Heute. Das geht schon soweit, das jetzt bereits im April jeweils herausposaunt wird, man habe im ersten Quartal des Jahres den Gewinn um soundsovielle Prozente steigern können. Über meine grossen Vorbehalte gegenüber dieser Entwicklung habe ich nie ein Hehl gemacht.

Aber um noch einmal auf Ihre Frage zurückzukommen: ich hatte Vorbilder und Weggefährten, ich denke da an Ernst Feigenwinter und Andreas Wenk, die beide eine durch und durch grüne Politik verfolgt haben, obwohl sie bürgerlichen Parteien entstammten. Später waren Leute, die wie diese beiden ökologische Anliegen so dezidiert vertreten haben, innerhalb der bürgerlichen Parteien nicht mehr tragbar. Dieses Schicksal ist mir erspart geblieben. In der VEW, die ja die Bewahrung der Schöpfung mit ins Zentrum ihrer Politik gestellt hat, habe ich mich immer gut aufgehoben gefühlt.

Ich bin mehr denn je davon überzeugt, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind. Wir haben dies in Riehen eindrücklich demonstriert.

Im präsidialen Alltag treten all diese Positionsbezüge in den Hintergrund. Ich habe mich bemüht, als Präsident für jedermann offen zu sein, ungeachtet seiner politischen Herkunft oder seiner weltanschaulichen Ausrichtung.

Im Zusammenhang mit dem Wahlbündnis von VEW und SP bei den Gemeinderatswahlen haben sie gegenüber den Medien erklärt, die VEW hätte die Wahl gehabt, entweder dieses Bündnis einzugehen oder dann – wir zitieren – «in Schönheit zu sterben». Bedeutet dies, dass Sie selbst diesem Bündnis eher ablehnend gegenüber gestanden sind?

Nein. Allerdings hegte ich grosse Zweifel, ob dieses Bündnis vor allem von den älteren VEW-Mitgliedern goutiert würde. Deshalb war jene denkwürdige Mitgliederversammlung, wo sogar diejenigen Mitglieder das Bündnis als einzig möglichen Weg gutgeheissen haben, die teilweise immer noch Berührungspunkte mit einer Politik links der Mitte bekunden, für mich so etwas wie eine politische Sternstunde der VEW. Ich selbst hätte nie die Prognose gewagt, dass dieses Bündnis tatsächlich zustandekommen würde. Das Geheul und die Stimmungsmache der Bürgerlichen nach der Bekanntgabe des Bündnisses, dass uns die Wählerinnen und Wähler in Scharen davonlaufen würden, hat sich bekanntlich nicht bewahrheitet, übrigens sehr zum Leidwesen eines Teils der Basler Tagespresse.

«Ich habe mich bemüht, als Präsident für jedermann offen zu sein»

War das Votum der VEW-Mitglieder für das Bündnis Ihrer Einschätzung nach mehr von der Angst vor einem möglichen Sitzverlust im Gemeinderat oder mehr von der Sorge um die künftige Ausrichtung der gemeinderätlichen Politik geprägt?



«Die Feierlichkeiten zum Jubiläum (450 Jahre Riehen bei Basel) haben der ganzen Gemeinde einen kulturellen Innovationsschub verliehen». Gerhard Kaufmann, flankiert von seinen damaligen Gemeinderatskollegen Ernst Goetz (LDP, links) und Max Ott (FDP), anlässlich des grossen Festumzuges im Jahre 1972.